

PRESSESPIEGEL

VEREINIGUNG DER UNTERNEHMENSVERBÄNDE IN HAMBURG UND SCHLESWIG-HOLSTEIN

BDI-LANDESVERTRETUNG SCHLESWIG-HOLSTEIN

Ausgabe 3/18 - 19. Juli 2018

Lübecker Nachrichten vom 03./04.06.2018

US-Handelskrieg trifft auch den Norden

Unternehmensverbände fürchten geringeres Wachstum und personelle Maßnahmen hiesiger Firmen

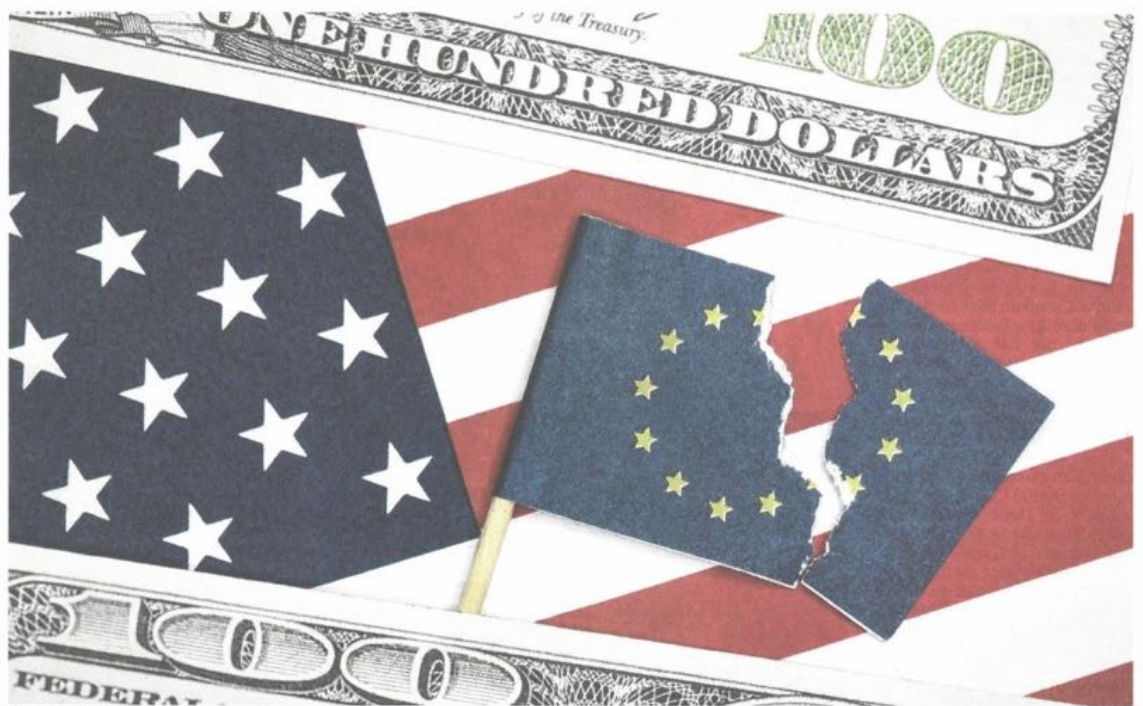
Von Marcus Stöcklin

Lübeck/Kiel. Die USA machen ernst: Seit Freitag müssen Unternehmen, die Stahl und Aluminium in die Staaten exportieren, Strafzölle zahlen. Im Gegenzug könnten sich Waren aus den USA hierzulande verteuern. Unternehmer und Lobbyisten im Norden sind besorgt über die Entwicklung.

Der Export von Stahl und Aluminium in die USA betreffe heimische Maschinenbauer, sagt Ingo Schleuse, Hauptgeschäftsführer des Unternehmensverbandes Kiel, den LN. „Die haben dort Absatzmärkte.“ Die Betriebe hofften nach wie vor auf Verhandlungen. „Alle haben große Sorge.“ Vor allem Medizintechnikgeräte und Pharmazie-Produkte gehören zu den wichtigen Export-Artikeln aus Schleswig-Holstein. Melanie Kamann, Sprecherin des Lübecker Medizin- und Sicherheitstechnik-Herstellers Dräger, erklärt dazu, von den Strafzöllen auf Stahl und Aluminium sei das Unternehmen „zunächst nicht betroffen“. „Wir befürchten Auswirkungen, falls es zu einem weltweiten Handelskrieg kommt. Das ist nicht absehbar.“

Es sei nicht auszuschließen, „dass eine Spirale in Gang gesetzt wird, von der wir nicht wissen, wo sie endet“, bestätigt Werner Koopmann, Geschäftsführer der Industrie- und Handelskammer (IHK) Schleswig-Holstein. „Die Unsicherheit wächst.“ Die Situation könne Firmen dazu bringen, sich im Zweifel ganz aus bestimmten Absatzmärkten zurückzuziehen, um denkbare Sanktionen zu vermeiden. Dies gelte im mittelständisch geprägten Schleswig-Holstein für alle Geschäfte, die „in irgendeiner Weise mit Stahl zu tun haben“, sagt Koopmann. Durch die zu erwartenden Kontrollen in den USA werde sich auch die Lieferzeit im Versand verlängern. Wartung und Service von Geräten würden verzögert. So werde es schwerer, wettbewerbsfähig zu bleiben. Investitionen, Innovationen und Weiterbildung würden gebremst. „So etwas funktioniert nur, wenn Märkte offen und frei sind.“

Die Strafzölle der USA müssten



Die EU und die USA, die jahrzehntlang enge Handelspartner waren, geraten durch die Strafzölle in einen ersten Streit.

FOTOS: IMAGO, OLAF MALZAHN

im übrigen im Zusammenhang mit dem von den USA ausgeübten Druck auf Geschäftsbeziehungen mit dem Iran gesehen werden, merkt Michael Thomas Fröhlich, Hauptgeschäftsführer der Unternehmensverbände (UV) Nord, an. „Klassische Mittelständler“ aus Schleswig-Holstein, etwa Pumpenhersteller, seien dort engagiert. Diese seien bislang entschlossen, am Iran-Geschäft festzuhalten.

„Noch läuten nicht die Alarmglocken“, sagt Koopmann. „Aber wenn sich die Spirale weiter fortsetzt, werden wir Wachstumsprognosen korrigieren und Umsatzkompensationen und personelle Maßnahmen bedenken müssen.“ Auch das Institut für Weltwirtschaft (IfW) in Kiel äußert bereits die Ansicht,

es könne zu Jobverlusten kommen.

Das Gesamtvolumen des Handels mit den USA lag 2017 bei knapp drei Milliarden Euro. Schätzungsweise 4000 Arbeitsplätze hängen im Norden am US-Export.

Durch die angekündigten Reaktionen der EU, die ihrerseits Zölle auf US-Güter wie Jeans, Whiskey oder Motorräder erheben will, könnten bestimmte Einzelhandelsbranchen massiv geschädigt werden. Falls US-Jeans und Harley-Davidson-Motorräder sich deutlich verteuern, würden viele Verbraucher voraussichtlich auf andere Produkte umsteigen, glaubt etwa Ingo Schleuse. Stefan Hohensee vom Harley-Davidson-Gebrauchthändler „Speedmonster“ in Kiel hält Preiserhöhungen von zehn bis 15

Prozent für möglich. Der Einzelhandelsverband Nord sah sich nicht zu einer Stellungnahme in der Lage.

Der Kieler Wirtschaftsminister Bernd Buchholz (FDP) bezeichnet die Strafzölle als „Katastrophe“. Die konkreten Auswirkungen auf die hiesige Wirtschaft seien noch nicht abzusehen. „US-Präsident Trump zettelt ohne Not einen internationalen Handelskrieg an, der auch in der schleswig-holsteinischen Wirtschaft zu Bremspunkten führen wird.“ Zölle seien „reiner Protektionismus und damit langfristig schlecht für alle beteiligten Volkswirtschaften“. Er erwarte von der EU eine nicht übertriebene, aber klare Gegenreaktion. Es sei wichtig, jetzt schnell an den Verhandlungstisch zurückzukehren.



„Eine Katastrophe. Die konkreten Auswirkungen sind nicht abzusehen.“

Bernd Buchholz (FDP)
Kieler Wirtschaftsminister

Datenschutz: Firmen stoppen Whatsapp auf Diensthandys

Viele Unternehmen im Norden sehen in der Nutzung zu große Risiken

Von Christian Risch

Lübeck. Viele Unternehmen und Wirtschaftsverbände im Norden haben kein Vertrauen in Whatsapp und verbieten die Nutzung auf Diensthandys. Weil der Messenger-Dienst Daten aus Adressbüchern seiner Nutzer ausliest, können Kundenbeziehungen und Geschäftsgeheimnisse in falsche Hände geraten, so die Befürchtung.

Das Thema Datenschutz genießt bei Dräger, dem Lübecker Unternehmen für Medizin- und Sicherheitstechnik, höchste Priorität, sagt Sprecherin Melanie Kamann. „Der Gesetzeslage entsprechend ist die Verwendung von Whatsapp auf dienstlichen Mobiltelefonen – davon sind etwa 8700 Stück weltweit im Umlauf – bei Dräger nicht zugelassen.“ Auch bei der Firma Brügger mit über 1000 Mitarbeitern ist Whatsapp auf dienstlichen Mobiltelefonen verboten, erklärt Personalleiterin Jasmin Maack. Gestern kündigte auch Continental an, die Dienste Whatsapp und Snapchat auf Diensthandys zu verbieten. Das betreffe weltweit 36 000 Mobil-

telefone des großen Reifenherstellers aus Hannover.

„Wir begrüßen diese Schritte und regen das seit langem an“, sagt Schleswig-Holsteins oberste Datenschützerin Marit Hansen. Sie kritisiert ein „problematisches Verhalten“ von Whatsapp, das in den Nutzungsbedingungen ausdrücklich erkläre, dass Adressbücher der Kunden ausgelesen werden. Bei Medizinerinnen und Anwälten sei dadurch das Arzt- und das Mandatengeheimnis in Gefahr, bei Unternehmen seien natürlich auch Geschäftsgeheimnisse berührt. „Wer Zugriff auf diese Daten hat, kann zum Beispiel Kundenbeziehungen analysieren“, warnt Hansen, die Leiterin des Unabhängigen Landeszentrums für Datenschutz (ULD) in Kiel ist.

„Grundsätzlich ist Whatsapp auf unseren zurzeit 140 Diensthandys nicht erlaubt“, erklärt Daniela Wedemeyer, kaufmännische Leiterin der SLM Solutions AG, führender Hersteller von 3-D-Druckern. Das sei wichtig, um Kunden und Geschäftspartner zu schützen. Bei der Mach AG, die Software für Verwal-



Weltweiter Dienst

Whatsapp ist ein kostenloser Messenger-Dienst und hat aktuell weltweit geschätzt 1,5 Milliarden Nutzer. Das Unternehmen Facebook hat Whatsapp 2014 für 19 Milliarden Dollar gekauft. Mit seiner Datenschutzerklärung von 2016 räumt sich Whatsapp das Recht ein, Kontakte im Adressbuch des Nutzers an Facebook weiterzugeben.

tungen entwickelt, nutzen über die Hälfte der 350 Mitarbeiter ein Diensthandy. „Da uns der Schutz unserer Mitarbeiter- und Kundendaten sehr wichtig ist, sind Dienste wie Whatsapp, Snapchat und Facebook aus Datenschutzgründen auf unseren Smartphones nicht zugelassen“, sagt PR- und Marketing-Leiter Marc Monich. „Wir wollen so verhindern, dass vertrauliche Daten an diese Dienste übermittelt und zweckentfremdet werden.“

Zur Vorsicht sind auch Handwerksbetriebe angehalten. „Wir raten unseren Unternehmen, aus Sicherheitsgründen auf Whatsapp und Snapchat zu verzichten“, sagt Christian Maack, Geschäftsführer der Handwerkskammer Lübeck, die 20 500 Mitgliedsbetriebe hat. Die Industrie- und Handelskammer (IHK) Schleswig-Holstein sowie der Unternehmensverband (UV) Nord geben ihren Mitgliedsunternehmen ähnliche Empfehlungen. Das Land Schleswig-Holstein testet derzeit die Einführung eines sicheren, datenschutzkonformen Messenger-Dienstes für alle Landesbediensteten. **Seite 10**

Sorgen um den Datenschutz

Firmen haben viele Fragen zur neuen Datenschutzgrundverordnung

Lübeck. Die Telefone beim Datenschutzzentrum in Kiel und bei Wirtschaftsverbänden stehen nicht mehr still. Kurz vor Inkrafttreten der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) befürchten zahlreiche Firmen und Selbstständige schwere Nachteile durch das Gesetz.

„Wir bekommen seit Wochen Anfragen von Unternehmen, wie sie mit der neuen Verordnung umgehen sollen“, sagt Joseph Scharfenberger, Justitiar der Industrie- und Handelskammer (IHK) zu Lübeck. Für viele bedeute es erheblichen Mehraufwand, der sie zum Teil überfordere. Besonders verbreitet sei die Sorge vor Abmahnungen, sagt Scharfenberger.

„Unsere Telefone klingeln dauernd derzeit. Wir haben mindestens 100 Anfragen pro Tag, auch die Zahl der E-Mails steigt ständig“, sagt Barbara Körffer, stellvertretende Leiterin des Unabhängigen Landeszentrums für Datenschutz (ULD) in Kiel.

„Wir versuchen, alle Antworten und Tipps auf unserer Internetseite zu geben (www.datenschutzzentrum.de) und stellen auch Musterformulare zur Verfügung“, sagt Körffer. Vor allem die Anfragen kleinerer Unternehmen häuften sich. Zum Teil seien auch Falschinformationen im Umlauf. „Es dürfen weiter Fotos gemacht werden, nicht für jedes braucht man eine Einwilligung“, stellt Körffer klar.

„Unsere Unternehmen bemühen sich seit Jahren um Datenschutz und nehmen das Thema sehr ernst“, sagt Jens-Arne Meier, Jurist beim Unternehmensverband (UV) Nord. Viele treibe die Sorge um, dass Trittbrettfahrer mit der neuen Verordnung Geld durch Abmahnverfahren verdienen wollen. „Wir raten dringend dazu, sich über die DSGVO zu informieren.“

„Selten 2 und 3“



Joseph Scharfenberger, IHK zu Lübeck.

Kieler Nachrichten vom 19.05.2018

Rückt der Norden wieder zusammen?

Hamburgs neuer Bürgermeister Tschentscher macht Antrittsbesuch in Kiel und setzt auf Zusammenarbeit

VON ULF B. CHRISTEN

KIEL. Das Verhältnis zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein hat sich in den vergangenen Jahren merklich abgekühlt. In Hamburg wie Kiel wird dafür vor allem Ex-Bürgermeister Olaf Scholz (SPD) verantwortlich gemacht, der Schleswig-Holstein manchmal „wie einen Acker hinter Hamburg“ behandelt habe. Um so größer ist in beiden Ländern die Hoffnung, dass Hamburgs neuer Bürgermeister Peter Tschentscher (SPD) eine neue Phase der Zusammenarbeit einläutet.

„Für uns ist die Zusammenarbeit mit Hamburg sehr wichtig“, betont Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) gestern beim Antrittsbesuch seines Amtskollegen aus der Metropole. „Schleswig-Holstein und Hamburg sind gemeinsam stärker als jeder für sich“, ergänzt Tschentscher. Noch im Mai können beide Spitzenpolitiker ihren Worten erste Taten folgen lassen. Am Donnerstag treffen sich die Regierungschefs der fünf Küstenländer zur Nord-Konferenz in Bremen. Am darauffolgenden Dienstag fahren Günther und seine Minister nach Hamburg, um mit Tschentscher und seinen Senatoren eine Reihe von Zukunftsprojekten zu beraten.

Auf der Tagesordnung stehen unter anderem wichtige Verkehrsvorhaben wie die S4 und die S21.

Besonders hohe Erwartungen an das Länder-Tandem hat die Wirtschaft. „In den letzten Jahren ist die Zusammenarbeit zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein entgegen allen Hoffnungen und Erwartungen kaum vorangekommen“, beklagt der Präsident der Unternehmensverbände Nord, Uli Wachholtz. Seine Erklärung: „Olaf Scholz hatte erkennbar andere Prioritäten.“ Wachholtz hofft, dass Tschentscher und Günther jetzt die Chance nutzen, die Kooperation zu intensivieren. „Der Norden braucht dringend einen frischen Wind in der Zusammenarbeit.“ Einen Schulterschluss wünscht sich die Wirtschaft insbesondere bei „Big-Points“ wie der Landesplanung, der Wirtschaftsförderung, der Digitalisierung oder dem Ausbau der Verkehrsinfrastruktur.

Aus Sicht des DGB-Nord hat sich die Zusammenarbeit der Länder schon verbessert. Aber: „Es gibt noch Luft nach oben“, meint Verbandschef Uwe Polkaehn. Es fehle eine gemeinsame Industriepolitik, ein einheitlicher Nord-Tarif für Pendler oder eine Zusammenarbeit beim Bau von bezahlba-



„Schleswig-Holstein und Hamburg sind gemeinsam stärker als jeder für sich.“

Peter Tschentscher (SPD), Erster Bürgermeister

„Für Schleswig-Holstein ist die Zusammenarbeit mit Hamburg sehr wichtig.“

Daniel Günther (CDU), Ministerpräsident

ren Wohnungen. Nötig sei Kooperation statt Konkurrenz, mahnt Polkaehn. „Nur so hat der Norden im globalen und europäischen Wettbewerb eine Chance.“ Einen Nordstaat schließt der DGB und wie auch der UV Nord nicht aus. Wichtiger ist für beide aber, dass die Länder akute Probleme lösen.

Die Hoffnungen rühren auch daher, dass Hamburg und Schleswig-Holstein im-

mer dann große Würfe gelingen, wenn die Regierungschefs wie jetzt Günther und Tschentscher unterschiedliche Parteibücher haben. In den 80er-Jahren stellen Bürgermeister Klaus von Dohnanyi (SPD) und Ministerpräsident Uwe Barschel (CDU) die Weichen für die Entsorgung von Hamburger Hafenschlick, den U-Bahn-Anschluss nach Nordstedt oder eine bessere

Nord-Anbindung des Airports Fuhlsbüttel. Äußerst erfolgreich ist auch das Doppel aus Bürgermeister Ole von Beust (CDU) und Ministerpräsidentin Heide Simonis (SPD) nach der Jahrtausendwende. Hamburg bekommt das Okay für eine Elbvertiefung, Schleswig-Holstein den Segen für eine A20-Elbquerung bei Glückstadt.

Dass es auch anders geht, beweisen die Parteifreunde Olaf Scholz und Torsten Albig in den vergangenen Jahren. Der Hamburger steigt aus der geplanten Verwaltungskooperation mit Schleswig-Holstein aus und übernimmt trotz langer und heftiger Gegenwehr die Husumer Windmesse. Im Gegenzug setzt Albig durch, dass die Metropole für die Verklappung ihres Hafenschlicks vor Helgoland Millionen zahlen muss. Neue Projekte wie etwa in der Justiz (Frauengefängnis in Hamburg, Jugendvollzug in Schleswig-Holstein) scheitern.

Besser als zwischen den Regierungen läuft es auf Parla-mentsebene. Ende 2016 richten Bürgerschaft und Landtag einen Ausschuss zur Zusammenarbeit der Länder ein. Das Gremium, das zwei Mal im Jahr tagt, könnte ein Schrittmacher für ein besseres Teamwork im Norden sein.

Zwei Drittel der Beschäftigten gehen auch krank zur Arbeit

Neue Studie: Gründe sind Pflichtgefühl und Angst vor Jobverlust

Von Wolfram Hammer

Kiel. Immer mehr Beschäftigte schleppen sich krank zur Arbeit. Das geht aus einer Studie der Barmer hervor. Pflichtgefühl, aber auch Angst um den Job und Sorge, die aufgestaute Arbeit nach einer Krankheitspause nicht mehr bewältigen zu können, seien die Ursachen, heißt es von der Krankenkasse. Die Gewerkschaften und Gesundheitspolitiker sind besorgt.

„Präsentismus“ nennen Wissenschaftler das Phänomen mittlerweile. Und von dem „halte ich gar nichts“, sagt die CDU-Landtagsabgeordnete Katja Rathje-Hoffmann. Wer krank zur Arbeit geht, empfinde sich vielleicht als pflichtbewusst, vernachlässige aber die Sorge um den eigenen Körper.

67 Prozent der Berufstätigen sind schon mindestens einmal krank zur Arbeit gegangen, heißt es in der Untersuchung – 72 Prozent der Frauen und 62 Prozent der Männer. 65 Prozent gaben an, es aus Pflichtgefühl getan zu haben,

50 Prozent aus Rücksicht auf Kollegen, 28 Prozent meinten, kein anderer könne die eigene Arbeit machen. „Aus medizinischer und volkswirtschaftlicher Sicht ein Verhalten, das reduziert werden muss“, sagt Kiels Barmer-Chef Bernd Hillebrandt.

Angst vor negativen Konsequenzen oder Arbeitsplatzverlust gaben 30 Prozent der Befragten an. Berichte wie die über die Einstellungsbedingungen der Post dürften das beflügeln. Dort werden Zwei-Jahres-Verträge nur dann in unbefristete umgewandelt, wenn sich Mitarbeiter in dieser Zeit höchstens sechsmal krankmelden und 20 Tage fehlen. Sebastian Schulze vom Unternehmerverband UV Nord will die Schuld allerdings nicht allein den Arbeitgebern anlasten, die Ängste vor Jobverlust würden wegen des Fachkräftemangels ohnehin geringer. Oft sei es vielmehr der Druck der Kollegen und des Teams, der Mitarbeiter bewege, krank zur Arbeit zu gehen – zumal die Konjunktur brumme und viele Firmen sehr

Ähnliche Zahlen

Auch der DGB hat für 2017 bei einer Befragung ermittelt, dass gut zwei Drittel der Arbeitnehmer auch krank zur Arbeit gehen. Bei rund 20 Prozent dieser Beschäftigten war das nur an einigen Tagen der Fall, fast die Hälfte war aber gut eine Woche trotz Krankheit im Einsatz. 13 Prozent gingen für drei Wochen oder sogar noch länger krank zur Arbeit.

viele Aufträge abuarbeiten hätten. Von den Arbeitgebern werde das nicht gerne gesehen. Häufig seien die Mitarbeiter ja am Ende sogar länger krank, als wenn sie sich rechtzeitig auskurieren hätten.

„Auch wenn Mitarbeitende selbst für ihr Verhalten und ihre Gesundheit verantwortlich sind, prägen Führungskräfte die unternehmerische Kultur“, kontert die SPD-Politikerin Birte Pauls. „Wer krank ist, gehört nach Hause, um gesund zu werden“, sagt auch FDP-Gesundheitsminister Heiner Garg. Er erwarte, dass Arbeitgeber ein Klima der Wertschätzung schaffen, in dem das selbstverständlich ist. DGB-Nord-Chef Uwe Polkaehn macht den Unternehmen Vorwürfe: „Arbeitgeber üben direkt oder indirekt einen hohen psychischen Druck auf die Beschäftigten aus.“ Die Barmer-Studie bestätige eigene Untersuchungen. Demnach würden Beschäftigte deutlich seltener krank zur Arbeit gehen, wenn die Arbeitsintensität geringer und das Betriebsklima gut seien.

Das Ende der Schonfrist naht

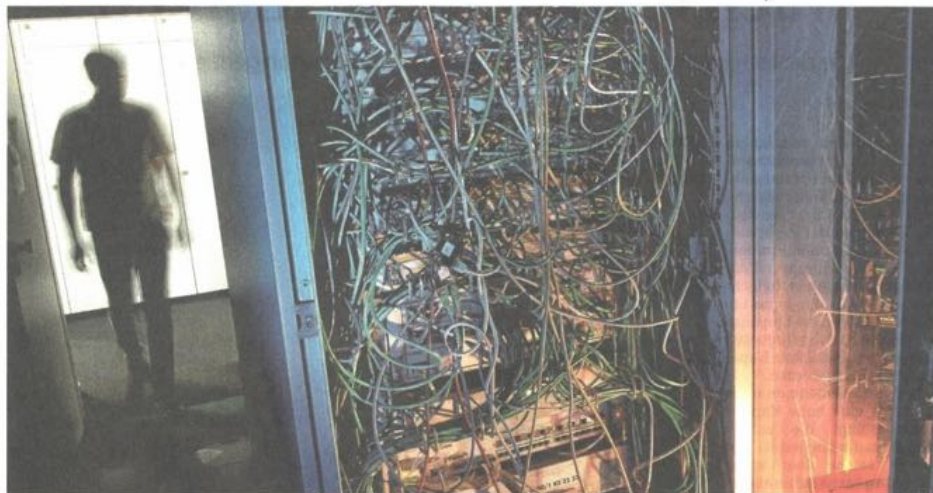
Europäische Datenschutzgrundverordnung tritt am 25. Mai in voller Härte in Kraft – Doch viele Unternehmen sind dafür noch gar nicht fit

VON ULRICH METSCHIES

KIEL. Viel Zeit haben Unternehmen nicht mehr, sich auf die neue Datenschutzwelt einzustellen. Doch jüngsten Schätzungen zufolge hat sich ein Drittel der Betriebe noch nicht einmal ernsthaft mit dem Thema befasst. Ein weiteres Drittel dürfte es nicht schaffen, rechtzeitig fit zu sein für die europäische Datenschutzgrundverordnung (DSGVO), die am 25. Mai scharf geschaltet wird.

Viel steht auf dem Spiel: Vom ersten Tag an können Bürger auf stärkere Datenschutzrechte pochen – und diese auch einklagen: „Alle Unternehmen, die es noch nicht geschafft haben, sich auf die neue Rechtslage einzustellen, sollten das jetzt dringend tun“, warnt der grüne Europa-Parlamentarier Jan Philipp Albrecht, einer der Hauptinitiatoren der Neuregelung.

Zuständig für die Überwachung ist in Schleswig-Holstein das Unabhängige Landezentrum für Datenschutz. Mit 40 Mitarbeitern, davon jedoch nur ein Teil zuständig für Datenschutz-Kontrolle, ist das ULD zu einer engmaschigen Überwachung kaum in der Lage. Dennoch rät die Landesdatenschutzbeauftragte Marit Hansen den Unternehmen, nicht darauf zu spekulieren, von einer Kontrolle verschont zu bleiben: „Wer nur rechnerisch überlegt, wie klein unsere Dienststelle ist und wie wahrscheinlich es ist, dass genau seine Firma geprüft wird, kommt möglicherweise zum falschen Ergebnis.“ Denn das ULD erhalte viele Beschwerden von Kunden oder Beschäftigten, die auf mutmaßliche Verstöße aufmerksam machen. Außerdem, so Hansen, müssten die Meldepflichten im Fall von Datenschutzpannen ernst genommen werden: „Es kommt schlecht an bei Aufsichtsbehörden und Kunden, wenn solche Vorfälle verzögert und halbherzig gemeldet werden.“



Sensibles Thema: Die Verarbeitung von Kundendaten ist schon bald an deutlich strengere Vorgaben geknüpft.

FOTO: DPA

Die Unternehmen im Land beschäftigen sich „sehr intensiv“ mit dem Thema, sagt Tina Möller, Rechtsreferentin der Industrie- und Handelskammer Kiel. Die Resonanz auf entsprechende Info-Angebote habe seit Ende vergangenen Jahres erheblich zugenommen. Aus vielen Fragen leitet Möller eine



„Für kleine Betriebe ist es enorm schwer, den personellen und zeitlichen Aufwand zu stemmen.“

Tina Möller, Rechtsreferentin der IHK Kiel

„enorme Verunsicherung“ ab. Diese werde dadurch verstärkt, dass manche Anforderungen der neuen Verordnung im Detail noch gar nicht geregelt seien. Beispiel Datenschutz-Folgeabschätzung: Sie muss laut Verordnung durchgeführt werden, wenn die Verarbeitung von Daten „voraussichtlich ein hohes Risiko für die Rechte und Freiheiten natürlicher Personen zur Folge“ hat. Doch was ist ein hohes Risiko?

Während größere Unternehmen in der Regel in Sachen Datenschutz bereits gut unterwegs sind, stellt die DSGVO Kleinbetriebe vor eine riesige Herausforderung. „Für sie ist es enorm schwer, den personellen und zeitlichen Aufwand zu stemmen“, sagt IHK-Expertin Möller. Dabei sind die Anforderungen an kleine Betriebe keineswegs geringer als an große, denn das Schutzniveau orientiert sich am Risiko für die betroffenen Personen – nicht an der Größe der Firma. „Auch kleine Unternehmen müssen

Datenschutz und Sicherheit hochfahren, wenn sie eine hochriskante Datenverarbeitung vornehmen“, sagt Datenschützerin Hansen.

Deutlich verschärft werden nicht nur die Transparenz- und Dokumentationspflichten, sondern auch die Strafen. Doch vor den vielzitierten Millionenbußgeldern sollten die Unternehmen sich nicht verrückt machen lassen, rät Hansen. Die Höchststrafe – 20 Millionen Euro

oder vier Prozent des globalen Jahresumsatzes – drohe lediglich in schweren Fällen, bei Vorsatz oder Verschleierungsversuchen. Grundsätzlich laute die Vorgabe: Geldbußen müssen in jedem Einzelfall wirksam, verhältnismäßig und abschreckend sein.

Von Angst in den Unternehmen vor „deutlich überzogenen“ Strafandrohungen spricht Jens-Arne Meier, Chefjurist beim Unternehmensverband

UV Nord: „Die Unternehmen bemühen sich redlich, mit Daten sparsam und sorgsam umzugehen.“ Dennoch lasse es sich in einer digitalen Welt nie gänzlich vermeiden, dass Daten durch Straftaten Dritter in die falschen Hände gelangen. Insgesamt seien die Vorgaben der DSGVO völlig überzogen.

Nach Beobachtung von IHK-Juristin Möller sind viele Unternehmen vom hohen Bürokratieaufwand frustriert: „Datenschutz findet großes Verständnis.“ Doch die umfangreichen Dokumentationspflichten für kleine und mittlere Unternehmen seien „deutlich überzogen“. Ursprünglich seien diese Anforderungen für die großen Player am Markt gedacht. Nun würden sie auf alle Unternehmen übertragen. Was vor allem kleinere Unternehmen nicht nachvollziehen könnten, sei die Umkehr der Beweislast: Verstöße müssen nicht länger von zuständigen Behörden nachgewiesen werden, vielmehr müssten die Firmen heute nachweisen, dass sie die geltenden Regeln einhalten. Damit fühlten sich viele Betriebe unter Generalverdacht gestellt.

Datenschützerin Hansen sieht viele Gerüchte über die DSGVO im Umlauf: „Sowohl im Bereich der Unternehmen als auch bei den Behörden sind Panikmacher unterwegs.“ Sie rät schlicht: „Wer Klarheit haben will, sollte seine Aufsichtsbehörde fragen.“

Ein neuer Rahmen für den Datenschutz

Die EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) wurde im April 2016 vom EU-Parlament beschlossen. Nach zweijähriger Übergangsphase bildet sie den **rechtlichen Rahmen für Datenschutz** in der EU. Bis zum 25. Mai müssen Unternehmen ihre Geschäftsprozesse an das neue Recht anpassen. Die DSGVO erlegt den Betrieben umfangreiche **Dokumentations- und Infor-**

mationspflichten auf. So müssen alle Prozesse, die die Verarbeitung personenbezogener Daten betreffen, schriftlich verzeichnet werden. Die Betroffenen müssen über den Umfang der Daten, die verarbeitet werden sollen, sowie den Zweck der Verarbeitung informiert werden. Ein Muss ist die aktive Zustimmung: Ein auf der Website voreingestelltes Häkchen zählt nicht

als Einwilligung. Sind zehn oder mehr Mitarbeiter mit personenbezogenen Daten befasst, oder sind die Daten besonders sensibel, muss der Betrieb einen **Datenschutzbeauftragten** benennen. Deutlich verschärft werden die Strafen bei Verstößen, im Extremfall können Bußgelder bis vier Prozent des Jahresumsatzes oder 20 Millionen Euro verhängt werden.

Politiker für die Schule nach acht

Im Landeshaus gibt es eine breite Mehrheit für einen späteren Unterrichtsbeginn. Außerhalb werden auch kritische Stimmen laut.



Klarer Fall: Diese Schülerin ist eine Eule. Und die, sagen Wissenschaftler, sind vor acht Uhr noch nicht wach genug.

FOTOS: AFRICA STUDIO-STOCK.ADOBE.COM/ULF DAHL/DETFEF DREESSEN

VON ULF B. CHRISTEN

KIEL. Im Landtag gibt es eine breite Mehrheit für einen späteren Start in den Schultag. Alle Fraktionen begrüßten den Vorstoß der Grünen (wir berichteten), sehen aber mehr oder minder hohe Hürden. Die Lehrerverbände reagierten etwas, Wirtschaft und Gewerkschaften deutlich kritischer. Aus Sicht der Gesellschaft NahSH, die Bus und Bahn in Schleswig-Holstein managt, ließe sich der Schülerverkehr umorganisieren.

Die Grünen hatten ihren Vorschlag damit begründet, dass viele Schüler aufgrund ihres Bio-Rhythmus in der ersten Schulstunde kaum etwas mitbekämen. Deshalb solle darüber diskutiert werden, den Schulstart (in der Regel zwischen 7.30 und acht Uhr) auf 8.20 bis 8.50 Uhr zu verschieben. Schulministerin Karin Prien (CDU) lehnte wie alle Fraktionen eine Zwangsregelung ab und verwies auf das Recht der Schulkonferenzen, die Unterrichtszeiten festzulegen.

„Wir finden den Vorstoß der Grünen gut“, sagte der CDU-Bildungspolitiker Tobias Loose. „Ich würde mich freuen, wenn sich Schulen finden, die

das ausprobieren.“ Die FDP legte nach. „Wir befürworten einen späteren Unterrichtsbeginn, weil dadurch die Aufmerksamkeit der Schüler und somit auch der Lernerfolg steigen“, sagte die Liberale Anita Klahn. Der Vorschlag einer „Gleitzeitschule“ müsse aber gründlich durchdacht werden, weil dafür möglicherweise mehr Lehrer nötig seien.

Der SSW hält einen späteren Schulstart für richtig. „In einem ersten Schritt sind Modellversuche wie etwa eine Gleitzeitschule sinnvoll“, sagte die Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering. Allerdings müssten die Betreuungszeiten vor dem Schulstart ausgeweitet werden. Die AfD verwies auf Studien, nach denen Schüler bei einem späteren Unterrichtsstart bessere Leistungen erzielen. „Der optimale Zeitpunkt dafür ist allerdings abhängig vom Alter der Schüler“, sagte der Abgeordnete Frank Brodehl. Der SPD-Bildungspolitiker Martin Habersaat erinnerte daran, dass die Schulen schon heute nicht zeitgleich starten. „Ein späterer Unterrichtsbeginn macht in manchen Fällen durchaus Sinn, wenn etwa längere Anfahrtswege für Schüler zu bewältigen sind.“

Die Lehrerverbände sind



„Ich würde mich freuen, wenn sich Schulen finden, die das ausprobieren.“

Tobias Loose, CDU-Bildungspolitiker



„Wissenschaft ist das Eine, Praktikabilität das Andere.“

Bernd Schauer, GEW-Geschäftsführer

skeptisch. „Vom Biorhythmus her ist ein späterer Anfang bestimmt sinnvoll“, meinte GEW-Geschäftsführer Bernd Schauer. „Aber Wissenschaft ist das Eine, Praktikabilität das Andere.“ Schon jetzt würden viele Kinder in die Frühbetreuung vor Unterrichtsbeginn gehen, weil die Eltern zur Arbeit müssten. „Diese Kinder hätten keine Vorteile bei einem späteren Unterrichtsbeginn.“

Der VBE sprach mit Blick auf die Grünen von einem „diskussionswürdigen Vorschlag mit wenig Chance auf Realisierung“. Ein Grund: „Ein späterer Schulstart erzeugt einen erhöhten Betreuungs- oder Aufsichtsbedarf vor dem Unterricht und verschiebt den Unterricht noch mehr in den Mittagsbereich, dem Tiefpunkt der biologischen Leistungskurve.“

Anders der Philologenverband: Für einen späteren Schulbeginn spreche die Lebensrealität vieler Eltern, deren berufliche Tätigkeit in der modernen Dienstleistungsgesellschaft häufig nicht vor neun Uhr beginne. Andererseits sei die Übermüdung vieler Schüler häufig nicht auf einen zu frühen Schulbeginn zurückzuführen, sondern eher auf eine zu lange Beschäftigung mit

elektronischen Medien am Vorabend.

Die Unternehmensverbände Nord äußerten sich kritisch. „Die Arbeits- und Lebenswelt ist immer noch anders getaktet und lässt sich schwer umstellen“, sagte Sprecher Sebastian Schulze. Viele Arbeitnehmer müssten um sechs oder sieben Uhr anfangen, hätten lange Anfahrtswege und bei einem späteren Schulstart Betreuungsprobleme. Für DGB-Nord-Chef Uwe Polkaehn geht es „in dieser notwendigen Debatte“ um mehr als nur gute Pädagogik: „Arbeitnehmerfamilien brauchen Unterrichtszeiten, die auch zum Arbeitsalltag passen.“

Fast alle Fraktionen wiesen darauf hin, dass sich bei einem späteren Schulstart der öffentliche Personennahverkehr (Bus und Bahn) ändern müsse. „Das wäre eine Herausforderung, die der ÖPNV aber leisten könnte“, sagte NahSH-Sprecher Dennis Fiedel. „Für den Busverkehr in Städten und den Bahnverkehr im gesamten Land ist es ohnehin egal, wann die Schule anfängt.“ Das Busangebot in ländlichen Regionen könne angepasst werden, da der Schülerverkehr hier 80 Prozent ausmache. „Man müsste da nur anders planen.“

Neue Datenschutz-Regeln: Firmen drohen harte Strafen

Wirtschaft hält EU-Vorschriften für überzogen – IHK Kiel spricht von enormer Verunsicherung

VON ULRICH METSCHIES

KIEL. Die Uhr tickt: In fünf Wochen müssen Unternehmen deutlich strengere Auflagen beim Datenschutz erfüllen. Am 25. Mai tritt die europäische Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) in Kraft. Viele Betriebe im Land haben mit der Einhaltung der neuen Bestimmungen schwer zu kämpfen. „Die Verunsicherung ist enorm“, heißt es bei der Industrie- und Handelskammer Kiel. Von „völlig überzogenen Anforderungen“ spricht der Unternehmensverband UV Nord.

Das Kieler Wirtschaftsministerium fürchtet, dass die Vielzahl von Vorschriften kleine Unternehmen überfordert. Schätzungen zufolge hat sich bundesweit jede dritte Firma mit der DSGVO noch gar nicht ernsthaft beschäftigt. Betrieben, die gegen die Vorgaben verstoßen, drohen empfindliche Strafen – im Extremfall 20 Millionen Euro oder vier Prozent des Jahresumsatzes.



„Einige der Unternehmen wissen oft gar nicht, wo die Daten ihrer Kunden oder Beschäftigten verarbeitet werden.“

Marit Hansen
Datenschutz-
beauftragte

„Je dichter wir an den 25. Mai geraten, desto mehr Fragen erhalten wir“, sagt die Landesbeauftragte für Datenschutz, Marit Hansen. Noch immer gebe es Firmen, für die Datenschutz Neuland sei: „Sie wissen oft gar nicht, wo die Daten ihrer Kunden oder Beschäftigten verarbeitet werden und wie die Daten gegen Missbrauch geschützt sind.“ Ohne aber die Datenflüsse im Unternehmen und zu Dienstleistern zu kennen, könne kein Datenschutzrecht erfüllt werden.

Mehr noch als mögliche Strafen fürchteten die Unternehmen eine Welle von Abmahnungen, sagt IHK-Rechtsreferentin Tina Möller: „Es genü-



„Bei vielen unserer Betriebe stehen Aufwand und Nutzen der neuen Regelung in keinem gesunden Verhältnis.“

Frank Jaschkowski,
Apothekerkammer

gen schon kleinste Verstöße, um in die Fänge der Abmahnindustrie zu geraten.“ Dazu reiche es bereits, wenn bei einem Kontaktformular auf der Internetseite der Hinweis auf den Datenschutzbeauftragten fehle.

Die DSGVO zwingt Unternehmen, sämtliche Prozesse schriftlich zu erfassen, in denen Mitarbeiter mit personenbezogenen Daten umgehen. Erlaubt ist deren Verarbeitung nur dann, wenn Kunden aktiv zustimmen – ein voreingestelltes Häkchen auf der Internetseite reicht nicht.

Überwacht wird die Einhaltung der Regeln vom Unabhängigen Landeszentrum für Da-

tenschutz (ULD). Das hatte vom Land zwar vier zusätzliche Stellen bewilligt bekommen, doch ULD-Chefin Hansen ist skeptisch: „Das wird nach meiner Einschätzung nicht reichen.“

Besonders betroffen von der EU-Verordnung sind Unternehmen aus dem Gesundheitssektor wie Arztpraxen, Labore, Sanitätshäuser oder Apotheken. „Bei vielen unserer Betriebe stehen Aufwand und Nutzen der neuen Regelung in keinem gesunden Verhältnis“, sagt Frank Jaschkowski, Geschäftsführer der Apothekerkammer Schleswig-Holstein. Er erwartet, dass es nicht alle Apotheken schaffen, die Verordnung fristgerecht umzusetzen. Auch der UV Nord kritisiert den bürokratischen Aufwand: Vor allem kleinere Betriebe fürchteten, dass sie in Zukunft extra Mitarbeiter beschäftigen müssen, die als „Datenschutz-Polizei“ die Arbeitsabläufe bewachen.

» KOMMENTAR | 2, WIRTSCHAFT | 6

Kontaktbörsen sollen Flüchtlinge in Arbeit bringen

KIEL Die Integration über Arbeit gilt als besonders erfolgreich. Doch Flüchtlinge und Betriebe in Schleswig-Holstein finden zu oft nicht zusammen – obwohl viele Betriebe händelnd nach Personal suchen. Helfen soll das Veranstaltungsformat „Welcome-Job SH“. Dabei handelt es sich um Kontaktveranstaltungen für Flüchtlinge und Unternehmer, die individueller als die bisherigen Jobmessen gestaltet sind. Das Land fördert das Projekt mit 100 000 Euro, wie das Wirtschaftsministerium in Kiel gestern mitgeteilt hat. „Große Messen sind zu anonym“, sagte Sebastian Schulze, Geschäftsführer der Gesellschaft für Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik (Gefas), die das Projekt gemeinsam mit der Regionaldirektion Nord der Bundesagentur für Arbeit entwickelt hat. Bei „Welcome-Job SH“ soll es sich daher um kleinteiligere Veranstaltungen handeln, die angeboten werden sollen. Die Gefas ist ein Institut des Unternehmensverbandes Nord (UVNord). „Die Projektidee zu ‚Welcome-Job SH‘ hat uns überzeugt“, sagte Arbeitsstaatssekretär Thilo Rohlfs gestern bei der Förderbescheidübergabe. „Wir müssen alle Anstrengungen im Land nutzen, das ‚Matching‘ zu verbessern, also arbeitssuchende Flüchtlinge mit den richtigen Arbeitgebern zusammenzubringen“, so Rohlfs weiter. *til*

Feiertag: Arbeitgeber für Ausgleich

Berlin/Kiel. Der Reformationstag wird im Norden Feiertag – jetzt fordern die Arbeitgeberverbände einen finanziellen Ausgleich für Unternehmen. Bezahlen sollen die Arbeitnehmer – mit einem um 0,5 Prozentpunkte höheren Beitrag zur Pflegeversicherung, sagt der Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, Steffen Kampeter. Kosten pro Arbeitnehmer: Bis zu 265,50 Euro pro Jahr. CDU-Ministerpräsident Daniel Günther lehnt das ab. **Seite 8**

Arbeitgeber wollen keine Kosten für neuen Feiertag tragen

UV Nord erwägt, vor Gericht zu ziehen – Konflikt mit Kieler Jamaika-Regierung

Von Wolfram Hammer

Berlin/Kiel. Die Arbeitnehmer in Schleswig-Holstein sollen den Produktionsausfall der Unternehmen am künftig freien Reformationstag bezahlen. Das fordert der Bundesverband der Deutschen Arbeitgeberverbände. Dessen Hauptgeschäftsführer, der Ex-CDU-Bundestagsabgeordnete Steffen Kampeter, will dazu in allen Ländern, die den Feiertag neu einführen, den Arbeitnehmeranteil an der Pflegeversicherung heraufsetzen lassen.

Ende Februar hat der Kieler Landtag die Einführung des Reformationstags am 31. Oktober als Feiertag beschlossen. Hamburg, Bremen und Niedersachsen wollen in Kürze nachziehen. Die Gewerkschaften hatten zuvor einen neuen Feiertag für den Norden gefordert, um das Nord-Süd-Gefälle bei der Zahl der freien Tage abzumildern. Die evangelische Kirche zog mit.

Kampeter fordert nun, den Pflegeversicherungsbeitrag der Arbeitnehmer in diesen Ländern um 0,5 Prozentpunkte hochzuschrauben, was jeden Arbeitnehmer bis zu 265,50 Euro im Jahr kosten könnte. Die Arbeitgeber würden entlastet. Nach Bundesrecht sei eine solche Anhebung nun mal vorgeschrieben, wenn sich die Zahl der Feiertage gegenüber dem Stand vor Einführung der Pflegeversicherung 1994 erhöhe, sagt Kampeter.

Diese Darstellung allerdings weist man in der Kieler Staatskanzlei brüsk zurück. „Die Behauptung, dass der Arbeitnehmerbeitrag zur Pflegeversicherung um 0,5 Prozentpunkte erhöht werden muss, ist nicht zutreffend“, sagt ein Sprecher von CDU-Ministerpräsident Daniel Günther. Eine solche Garantie gebe es im Gesetz nicht. Und schließlich sei damals mit dem Buß- und Bettag ja bereits ein stets

auf einen Werktag fallender Feiertag gestrichen worden, um die Belastung der Betriebe durch die Pflegeversicherung abzumildern.

Damit kündigt sich allerdings Streit der CDU-geführten Jamaika-Regierung mit dem Unternehmerverband UV-Nord an. Dessen Hauptgeschäftsführer Michael Thomas Fröhlich hält den Vorschlag Kampeters nicht nur für „diskussionswürdig“. Er will, sollte es

keinen Ausgleich für die Unternehmen geben, die Frage sogar gerichtlich klären lassen. „Es ist nicht zulässig, Verträge zu Lasten Dritter abzuschließen“, sagt Fröhlich. Genau das sei aber mit der Einigung zwischen der Regierung einerseits und Kirche und Gewerkschaften andererseits geschehen. Die Unternehmen im Land verlor durch den Wegfall des Produktionstages 65 Millionen Euro, in Hamburg seien es noch einmal 90 Millionen Euro. Das treffe vor allem die vielen kleinen und mittleren Betriebe im Norden schwer.

„Die Arbeitgeber sind überhaupt nicht notleidend“, kontert DGB-Nord-Chef Uwe Polkaehn. Der neue Feiertag sei von den Beschäftigten längst mit ihrer großen Arbeitsleistung erwirtschaftet worden. Die stetig steigende Produktivität sei Beweis dafür. Auch die Gewinne der Unternehmen hätten sich im Gegensatz zu den Löhnen prachtvoll entwickelt. „Deshalb sollte das Gejammer aus der Chefetage über die Lohnzusatzkosten jetzt endlich aufhören“, sagt der Gewerkschafter.

Gerade in Zeiten des Fachkräftemangels stelle auch die Zufriedenheit der Arbeitnehmer ein Produktivitätsmerkmal dar, sagt die SPD-Landtagsabgeordnete Özlem Ünsal. Und viele Beschäftigte und ihren Familien würden sich sehr auf den neuen Feiertag freuen.

KOMMENTAR

Alles beim Alten



Von Wolfram Hammer

Manche Dinge ändern sich nie. Der Reflex der Arbeitgeberverbände auf die Einführung eines neuen Feiertags gehört dazu. Die Wertschöpfung sinke, klagen sie. Jetzt müssten die Arbeitnehmer mehr zur Pflegeversicherung dazu bezahlen.

Allein: Das alles wird durch ständige Wiederholung nicht stichhaltiger. Tatsächlich sind es die Löhne und damit langfristig auch die Renten, die bei uns längst nicht mehr mit der steigenden Produktivität der Arbeitnehmer mitwachsen. Und: Die Ansage passt nicht mehr in die Zeit. Allerorten fehlen Fachkräfte. Will man Mitarbeiter aber ernsthaft mit der Ansage locken und halten, dass sie und ihre furchtbar vielen Erholungstage nur lästige Kostenfaktoren sind? Vielleicht sollten sich die Arbeitgeber in Bund und Land langsam mal ein paar jüngere Funktionäre an die Spitze wählen.

Kritik aus dem Norden am CSU-Abo aufs Verkehrsressort

KIEL In Schleswig-Holsteins Wirtschaft und Politik stößt die Ministerriege der neuen Groko weitgehend auf Zustimmung. Nur dass zum dritten Mal hintereinander ein CSU-Politiker Verkehrsminister wird, führt bei den Unternehmensverbänden Nord zu leisem Grummeln. „Wir sind nicht gerade euphorisiert darüber“, sagte gestern Verbandschef Michael Thomas Fröhlich. Es sei „zu befürchten, dass weiter eher Ortsumgehungen in Bayern gebaut werden als norddeutsche Projekte“.

Dagegen begrüßte Fröhlich, dass Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz dem früheren Finanzminister Wolfgang Schäuble nachfolgt. „Er wird den Kurs von Schäuble fortsetzen“, hofft Fröhlich. Eine andere Erwartung hat man bei den Gewerkschaften: „Der Finanzminister kann das Kaputtsparen beenden – hier und in Europa“,


sagte DGB-Nord-Chef Uwe Polkaehn. Scholz habe „den Schlüssel in der Hand für mehr Investitionen, für den Ausbau der lebensbegleitenden Bildung und auch für die Kontrolle des Mindestlohns“.

Aus der Kieler Landesregierung äußerte sich Wirtschaftsminister Bernd Buchholz. Der FDP-Politiker setzt auf seinen künftigen CDU-Bundeskollegen Peter Altmaier: „Ich hoffe, dass der neue Bundeswirtschaftsminister die Regelungen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes so vernünftig umgestaltet, dass wir in Schleswig-Holstein aus der Energiewende auch wirtschaftspolitisch richtig was machen können“, sagte Buchholz. Gleichzeitig appellierte er an Scholz' neue Staatssekretärin und Fehmarnbelt-tunnel-Gegnerin Bettina Hagedorn, auf ihrem künftigen Posten nicht gegen das Beltprojekt

zu arbeiten. Hagedorn sagte dazu, dass sie ihre Meinung nicht ändern werde, es aber in ihrem neuen Job „nicht in erster Linie um den Tunnel“ gehe.

SPD-Landeschef Ralf Stegner zeigte sich zumindest mit den SPD-Ministern zufrieden. Zudem freute er sich, dass die Nord-SPD mit Hagedorn nach neun Jahren „wieder in der Bundesregierung vertreten ist“. Zu Wort meldete sich auch Flensburgs Oberbürgermeisterin Simone Lange, die im Kampf um den SPD-Vorsitz gegen Fraktionschefin Andrea Nahles antreten will. Sie hoffe auf „nahbare Ministerinnen und Minister“ und werde „als Bundesvorsitzende besonderen Wert darauf legen“, mit ihnen „gut zusammenzuarbeiten“, sagte Lange. Das Aus für Umweltministerin Barbara Hendricks und Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel nannte sie bedauerlich. *bg*

DIE NEUE REGIERUNG DIE MINISTER

Kanzlerin Angela Merkel		Das Kabinett Merkel IV			Finanzen/Vizekanzler Olaf Scholz
		CDU	CSU	SPD	
Außen Heiko Maas	Innen Horst Seehofer	Wirtschaft Peter Altmaier	Arbeit Hubertus Heil	Verteidigung Ursula von der Leyen	
					
Verkehr Andreas Scheuer	Justiz Katarina Barley	Bildung Anja Karliczek	Gesundheit Jens Spahn	Umwelt Svenja Schulze	
					
Entwicklung Gerd Müller	Familie Franziska Giffey	Landwirtschaft Julia Klöckner	Kanzleramt Helge Braun		
					

Quelle: dpa

Kieler Nachrichten vom 07.03.2018

Die drückende Last der Vorfahren

IfW-Studie: Sozialer Status hängt stärker von Beruf und Bildungsstand der Ur-Großeltern ab als bislang angenommen

VON ULRICH METSCHIES

KIEL. In Deutschland hängt der soziale Status eines Menschen maßgeblich vom sozialen Status der Vorfahren ab: Bildungsgrad oder Berufsstand der Ur-Großeltern lassen sehr viel stärker als bislang angenommen auf den Status der Nachfahren heute schließen. Zu diesem ernüchternden Fazit kommt eine Studie unter Beteiligung des Kieler Instituts für Weltwirtschaft (IfW).

Gut zwei Jahre lang hatten Sebastian Braun, Arbeitsmarktforscher am IfW, und Jan Stuhler (Universität Madrid) Daten ausgewertet, die über vier Generationen hinweg den sozialen Status von Familien in Deutschland im 20. Jahrhundert beschreiben. Überraschendes Ergebnis: Durchschnittlich werden 60 Prozent der für den sozialen Status einer Person entscheidenden Faktoren von einer Generation zur nächsten weitergegeben. Dazu könnten Lebensumstände wie das gesellschaftliche Netzwerk zählen, die finanzielle Lage, aber auch vererbte Begabungen. Braun: „Dies bedeutet, dass sich die soziale Ungleich-



Die soziale Ungleichheit in Deutschland baut sich nur sehr langsam ab.

Sebastian Braun, Arbeitsmarktexperte am IfW



Ein exzellentes Krippen- und Kitaangebot ist die beste Voraussetzung für faire Startchancen.

Heiner Garg (FDP), Sozialminister

heit in Deutschland nur sehr langsam abbaut.“ Selbst nach vier Generationen hätten die Wissenschaftler noch einen Zusammenhang zwischen dem eigenen sozialen Status und dem der Vorfahren messen können. Das heißt: Je geringer der soziale Status der Ur-Großeltern, desto geringer der Status der Ur-Enkel heute. Ein niedriger Status der Vorfahren wirkt somit wie eine Last, die den sozialen Aufstieg auch vier Generationen später noch bremst. Umgekehrt gilt aber auch: Je höher der soziale Status der Ur-Großeltern, desto höher der Status

ihrer Nachfahren heute. Auf den ersten Blick widersprechen diese Ergebnisse früheren Studien, nach denen in den meisten Industrieländern der soziale Status einer Person nur zu etwa 30 bis 40 Prozent von den Eltern geprägt ist und soziale Ungleichheiten daher in der Theorie relativ schnell verschwinden.

Braun und Stuhler erklären die Unterschiede dadurch, dass Studien zur sozialen Mobilität von hoher Datensicherheit geprägt sind, da meist nur ungefähre Informationen über die sozialen Rahmenbedingungen

vorliegen, die den Status einer Person beeinflussen. Als Folge werde die soziale Mobilität der sozialen Schichten als zu hoch bewertet. „Indem wir mehr als zwei Generationen beobachteten, konnten wir diesen Fehler bereinigen“, so Braun.

Für ihre Untersuchung griffen die Autoren auf Befragungen von mehr als 10 000 Familien zurück, die älteste aus den 1980er-Jahren, die jüngste von 2011. In den Interviews machten die Befragten – soweit möglich – Angaben über sich, über ihre Eltern, Großeltern und Ur-Großeltern. Gefragt wurde etwa nach Schulabschlüssen, der weiteren Ausbildung und dem beruflichem Werdegang.

Detaillierte politische Empfehlungen, so Braun, ließen sich aus der Untersuchung nicht ableiten. Grund: „Wir wissen zwar jetzt, dass die soziale Durchlässigkeit der Gesellschaft geringer ist als vermutet, aber wir können noch nicht sagen, woran das genau liegt.“ Soweit etwa die Weitergabe von Begabungen eine Rolle spiele, sei der Einfluss von Institutionen begrenzt. „Wenn es um den Geldbeutel und Bildungsstand geht, ist der Staat

natürlich gefordert.“ Uwe Polkaehn, Vorsitzender des DGB Nord, sieht in der Studie einen Beleg dafür, „wie beharrlich sich Klassenstrukturen in unserer Generationen beobachten, konnten wir diesen Fehler bereinigen“, so Braun.

„Der Zugang zu Bildung muss für alle offen sein, lebensbegleitend und unabhängig vom Geldbeutel.“

Auch Michael Thomas Fröhlich, Hauptgeschäftsführer des Unternehmensverbands Nord, sieht in der Qualifizierung den Schlüssel für bessere Aufstiegschancen: „Es gilt, die Bildungsgänge und vor allem die Bildungschancen von der sozialen Herkunft zu entkoppeln.“ Jugendberufsagenturen etwa seien ein probates Mittel, den Übergang von Schule in den Beruf nachhaltig zu verbessern. Schleswig-Holsteins Sozialminister Heiner Garg (FDP) unterstrich, dass in Schleswig-Holstein möglichst jedes Kind die Chance auf gute Bildung erhalten müsse: „Dafür werden die Weichen bereits in Krippe und Kita gestellt.“ Ein „exzellentes Krippen- und Kitaangebot“ sei die beste Voraussetzung für faire Startchancen.



Sein (vor-)letzter Auftritt als Bürgermeister in der Landespressekonferenz? Olaf Scholz am Dienstag im Rathaus. Neben ihm sitzen Senatorin Katharina Fegebank und Senator Ties Rabe

Klaus Bodig

Tritt Olaf Scholz am Dienstag zurück?

Bei einem seiner letzten Auftritte stellte der Bürgermeister ein neues Projekt vor. Ein **Bachelor-Studium für Azubis** ist geplant

MARC HASSE

HAMBURG :: „In Deutschland geht nun eine lange Hängepartie zu Ende“, sagte Olaf Scholz, womit er das Votum der SPD-Mitglieder für eine Neuaufgabe der Großen Koalition meinte. Die Hängepartie zu seiner eigenen Zukunft allerdings läuft weiter. Wird Hamburgs Bürgermeister nun Bundesfinanzminister in Berlin oder nicht? Diese Frage brauchten Journalisten am Dienstag im Rathaus gar nicht erst zu stellen, weil Scholz auf die ihm eigene Art deutlich machte, dass immer noch nichts spruchreif ist, es aber wirklich nicht mehr lange dauern werde: Es seien nun die „letzten Tage“ gekommen, „in denen entschieden wird, wer die drei Männer und Frauen sind, die in Zukunft dem Kabinett als Sozialdemokraten angehören werden“, sagte der 59-Jährige. „Ich bin sehr erleichtert, dass spätestens dann alles gesagt werden kann, was zu sagen ist.“

Als sich das Gelächter im Raum gelegt hatte, versuchte es eine Journalistin so: „Na, was machen sie künftig immer dienstags?“ Scholz: „Vielleicht sehen wir uns nächsten Dienstag hier.“ Dienstags stellen Scholz und die Senatoren normalerweise Beschlüsse des Senats vor – der nächste Dienstag ist allerdings der Tag vor der geplanten Wiederwahl von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU). Vor diesem Akt müsste Scholz seinen Rücktritt als Hamburger Bürgermeister erklären, um dem künftigen Kabinett anzugehören.

Dann könnte die Nachfolge für das Bürgermeisteramt am 24. März auf einem außerordentlichen Landespartei-tag der Hamburger SPD geregelt werden. Als Favorit gilt SPD-Fraktionschef Andreas Dressel.

So bedeckt sich Olaf Scholz am Dienstag zu einem Wechsel in die Hauptstadt hielt, so wortreich erläuterte er die Pläne für eine erweiterte Berufsausbildung in Hamburg. Neben sich

Es geht um die nächste ganz große Innovation

Hamburgs Bürgermeister
Olaf Scholz

auf dem Podium hatte der Bürgermeister zehn weitere Beteiligte versammelt, unter ihnen Wissenschaftssenatorin Katharina Fegebank (Grüne) und Schulse-nator Ties Rabe (SPD). Das Wort ergriff allerdings meistens Scholz.

Ziel sei es, dass Azubis im Rahmen ihrer Berufsausbildung innerhalb von vier Jahren zugleich ein Bachelor-Studium absolvieren können, sagte der Bürgermeister. Nachdem die Politik für einen besseren Übergang von der Schule in den Beruf gesorgt habe, gehe es nun um die „nächste ganz große Innovation, indem wir die Berufsausbildung attraktiv machen für die Zukunft“. Ham-

burg könne bundesweit eine Vorreiterrolle einnehmen, sagte Scholz.

Noch befindet sich das Projekt allerdings in einem frühen Stadium: Erst ab 2020 wird die studienintegrierte Ausbildung starten. Wie die Bewerber ausgewählt werden, stehe noch nicht fest, sagte Schulse-nator Ties Rabe (SPD). Die erweiterte Ausbildung soll für die Azubis kostenlos sein – welche Kosten für die Stadt entstehen, ist unklar.

Pro Jahr sollen 250 Azubis in dem neuen Programm starten

Für welche „ausgewählten Berufe“ genau das Angebot gelten soll, stehe auch noch nicht fest, sagte Rabe. Voraussichtlich soll die studienintegrierte Ausbildung zunächst für kaufmännische Berufe und einige technische Berufe angeboten werden.

Mitarbeiter kommen mit nach Berlin

Als **Vizekanzler** wird Olaf Scholz in den nächsten Jahren die Arbeit der SPD-Minister in der GroKo koordinieren. Im Tagesgeschäft wird ihm dafür sein engster Vertrauter, Wolfgang Schmidt, den Rücken freihalten. Er kommt als Staatssekretär mit ins Bundes-

finanzministerium (BMF).

Schmidt ist seit 2002 nah bei Scholz und hervorragend vernetzt. Als weiteren Spitzenbeamten könnte Scholz aus Hamburg den Wirtschaftsstaatsrat Rolf Böisinger ins BMF mitnehmen. Böisinger

Klar ist, dass die erweiterte Berufsausbildung jungen Menschen mit Abitur oder Fachhochschulreife offenstehen soll. Für vier Jahre seien zunächst 1000 Plätze vorgesehen – jedes Jahr könnten also 250 Azubis starten, sagte Rabe. Klar ist für den Senator auch: „Das soll kein Bachelor light werden.“ Die neue Fachhochschule soll akkreditiert werden, damit ein weiterführendes Master-Studium möglich ist. Die Wirtschaft suche zunehmend Fachkräfte, die durch eine Ausbildung die Arbeit in Betrieben kennen und über wissenschaftliches Know-how verfügen, sagte Rabe.

Die künftige Berufliche Hochschule Hamburg soll im Hamburger Institut für Berufliche Bildung integriert werden – es wird also kein neues Gebäude geben. Lernorte sollen neben der Beruflichen Hochschule wie bisher der Ausbildungsbetrieb und die jeweils zuständige

Berufsschule sein. Die Studieninhalte sollen ab dem ersten Ausbildungsjahr gelehrt werden, schwerpunktmäßig aber im vierten Ausbildungsjahr. Wer die Berufliche Hochschule besucht, kann sich nach zwei Jahren entscheiden, doch nur die klassische Berufsausbildung ohne einen Bachelor abzuschließen.

Unternehmensvertreter loben Pläne des Senats

Während ein duales Studium zwar Stationen in einem Betrieb beinhaltet, aber in vielen Fällen keinen Ausbildungsabschluss vorsieht, ist ein solcher in der erweiterten Berufsausbildung fest vorgesehen. Im Gegensatz dazu liegt der Schwerpunkt im dualen Studium auf den Hochschulhalten, am Ende steht in der Regel ein Masterabschluss.

Lobend äußerten sich Unternehmensvertreter. Das neue Modell mache die Ausbildung auch für leistungsstarke Schulabgänger attraktiv, sagte André Mücke, Vizepräsident der Handelskammer. „Die jungen Leute müssen ihre Berufswegentscheidung erst nach einer zweijährigen Grundstufe treffen. Das reduziert Abbrüche.“ Die Ausbildung solle für die seit Langem geforderte Durchlässigkeit, sagte Michael Thomas Fröhlich, Geschäftsführer des Verbands UV-Nord. Laut Handwerkskammer-Präsident Josef Katzer stärke das Vorhaben „die wichtige Gleichstellung von beruflicher und akademischer Bildung“.

Seite 2 Kommentar